

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse  
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Preisprobestelle  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 10.

Freitag, 14. Januar 1898, Abends.

51. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch unsere Zuhler frei ins Haus 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg. Einzelgenussnahme für die Nummer des Tagesblattes bis 6 Uhr Vormittag 3 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle Rastanstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

## Bekanntmachung.

Herr Verwaltungsinспектор **Helin** in **Zeithain** ist als **Gutsverwalter** für den selbständigen Gutsbezirk „Truppenübungsplatz Zeithain“ und Herr **Kaserneninspektor Pehold**, **baselst** als stellvertretender **Standesbeamter** für den **Standesamtsbezirk** dieses Gutsbezirks in **Pflicht** genommen worden.

Großenhain, am 5. Januar 1898.

A. 332. Die Königl. Amtshauptmannschaft.  
F. 12. v. Wiland.

## Bekanntmachung.

Der **Wassergins** auf das 4. Vierteljahr vorigen Jahres ist baldigst, längstens aber bis

## Vom Landtag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten und Verlesung der Reglemente trat gestern die Zweite Kammer in die Beratung über den einzigen Punkt der Tagesordnung: „Allgemeine Vorberatung über das Königl. Dekret Nr. 5, die Gehaltsverhältnisse der Lehrer an den Volksschulen und die Gewährung von Staatsbeihilfen zu den Alterszulagen derselben betreffend.“ — Wiederholt und zuletzt auch auf dem vorigen Landtage ist die Uebernahme der den Lehrern an Volksschulen zu gewährenden Alterszulagen auf die Staatskasse angeregt worden, die Regierung sah sich hierzu bisher jedoch außer Stande, weil es ihr an den nötigen Mitteln fehlte. Die finanziellen Bedenken der Regierung werden sich aber erledigen, wenn die von ihr jetzt den Ständen vorgeschlagene Reform der direkten Staatssteuern zur Annahme gelangt, denn durch dieselbe werden der Staatskasse vom Jahre 1900 ab in ansehnlichem Umfange dauernd neue Mittel zugeführt werden, welche es gestatten, die Alterszulage der Lehrer an den Volksschulen, soweit nötig, auf die Staatskasse zu übernehmen. Da ferner die vorgeschlagene Steuerreform die Ueberweisung der vollen Grundsteuer an die Schulgemeinden vorsieht, so läßt sich gleichzeitig auch eine anderweite, nach Ansicht der Regierung dringend nötige Regulierung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer leicht durchführen. Bei diesen Vorschlägen der Regierung würde sich nach dem Lehrerverbande vom 31. Mai 1895 eine Gesamtbelastung der Staatskasse in Höhe von rund 1.700.000 Mk. ergeben, dagegen würde bei Annahme der Vorschläge von der eingestellten Dispositionssumme zur Unterstützung unermöglichter Schulgemeinden eine Abminderung von 150.000 Mk. erfolgen können.

Das Wort hierzu ergriff zunächst **Abg. Härtwig-Oschay** (kons.), welcher bemerkte, daß diese Materie die Landtage schon oft beschäftigt habe, und daß auch diese neue Vorberatung in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage ihre Begründung finde. Er erklärte daher Namens seiner politischen Freunde, daß sie voll und ganz auf dem Boden der Regierungsvorlage stehen, daß aber ein Darüberhinausgehen über dieselbe nicht thunlich erscheine. Er bat um Ueberweisung der Vorlage an die Finanzdeputation A.

Vizepräsident **Dr. Georgi** (natl.) erklärte sich Namens seiner Freunde einverstanden mit der Erhöhung der Mindestgehälter. Weiter sei man einverstanden mit der Uebernahme der Alterszulagen auf den Staat, da dies im Interesse der Gemeinden und Schulen liege. Bedenken habe ihm die geplante ungleiche Verteilung der Unterstützungen erregt, daß z. B. Städte wie Leipzig, Dresden, Chemnitz u. a. m. bekommen, andere Gemeinden einen Theil und kleine Gemeinden Alles. Dieses müsse mit ungleichem Maße verleihe die Prinzipien der Gerechtigkeit. Am bedenkenlichsten finde er es, daß man bei Uebernahme einer so großen Last auf die Staatskasse noch auf die Grundsteuer verzichten wolle.

**Abg. Leopold-Dresden** (kons.) bemerkte, daß die Stadt Dresden ihrer Lehrerschaft das schon längst gewährte, was in dem Dekret angestrebt werde. Er stehe daher ganz und voll auf dem Boden der Vorlage. Mit § 7 könne er sich nicht einverstanden erklären, denn die Vergünstigungen dürften sich nicht allein auf Gemeinden bis zu 25 Lehrerstellen, sondern auch auf solche mit mehr Lehrerstellen erstrecken. Die Deputation möge gerade diesen § 7 recht in's Auge fassen, um Licht und Schatten gleichmäßig zu vertheilen und einen Weg finden, der auch die größeren Gemeinden zu befriedigen geeignet sei.

Staatsminister von **Seydewitz** sprach zunächst seine Freude aus über die wohlwollende Aufnahme der Vorlage. Die letztere sei geeignet, die Lage der Lehrer zu bessern und ihnen nach vollendetem Dienstzeit einen ruhigen Lebensabend zu sichern. Er persönlich habe der Frage der Uebernahme der Alterszulagen auf die Staatskasse stets sympathisch gegenübergestanden. Der Herr Minister erörterte nun die Schwierigkeiten, mit welchen das Kultusministerium seit Jahren gegenüber dem Finanzministerium zu kämpfen hatte, da letzteres einer so großen Belastung der Landesfinanzen stets entgegenstand. Mit der gegenwärtigen Vorlage glaube er nun den rechten Weg gefunden zu haben. Man sei bei derselben davon ausgegangen, daß die kleinen Gemeinden am meisten mit Schulanlagen belastet seien und ihnen deshalb die Alterszulagen auch am schwersten fallen. Bei großen Schulgemeinden gleiche sich das eher aus. Uebrigens schließe die Vorlage die großen Städte nicht aus. Es handle sich bei der Vorlage um eine neue, freiwillige Zuwendung des Staates an die Gemeinden, daher müsse er den Vorwurf, daß Ungerechtigkeiten in der Vorlage enthalten seien, entschieden zurückweisen, es sei diese neue große Zuwendung vielmehr ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit. (Vielfaches Bravo.) Er hoffe, daß Kammer und Finanzdeputation sich der Vorlage auch weiter wohlwollend gegenüber stellen mögen, um so unter der Lehrerschaft des Landes einen Zustand zu schaffen, welcher für deren Arbeitsfreudigkeit und Schaffenskraft ein neuer Sporn werde.

Durchaus zustimmend zur Vorlage sprachen sich weiter aus die **Abg. Kluge** (kons.), **Seim** (natl.), **Rietzhammer** (natl.), **Abg. Hoffmann** (Soz.) schlug vor, dem Lehrer vom 21. Lebensjahre an eine Zulage von 100 Mark zu gewähren und so den Lehrern das Höchstgehalt zeitiger zugänglich zu machen. Schließlich müsse man darauf zukommen, daß der Staat alle Kosten der Schule übernimmt und Schulgeld und Lehrmittel auf sich nimmt.

**Abg. Hänel-Ruppitz** (kons.) ist mit der Vorlage einverstanden, möchte aber warnen, bevor nicht die neue Steuerreform genehmigt ist, über Mittel zu verfügen, die unter Umständen eine schwere Last werden können. Die Lehrerverhältnisse betreffend, so sei zu bebauern, daß die beschriebenen Elemente unter ihnen sich alle nach den großen Städten ziehen.

Vizepräsident **Dr. Streit-Zwickau** (fortskr.) erklärt sich Namens seiner Freunde mit der Vorlage einverstanden. Wenn die Sozialdemokratie die Vorlage als etwas Neues, von ihr bewirktes bezeichne, so müsse er das als unwahr zurückweisen. Nur müsse er wünschen, daß auch den größeren Gemeinden, welchen ihr Schulwesen so wie so schon schwer auf den Schultern laste, mehr entgegenkommen werde als dies jetzt in der Vorlage der Fall sei.

**Abg. Dr. Wehner-Wiedingen** (kons.) wendete sich gegen den **Abg. Hoffmann**. Ueber die Vorlage hinauszugehen, fehlen die Mittel. Man dürfe keinen Unterschied machen zwischen Stadt und Land, auch verlange der Staat nicht nur bare Münze, sondern fordere auch von der Person des Staatsbürgers, daß er persönliche Leistungen gebe, z. B. Militärdienst und dies treffe allemal die großen Städte härter als das Land.

**Abg. Dr. Schill-Leipzig** (natl.) wendete sich in längeren Ausführungen den einzelnen Paragraphen zu, verglich die Finanzverhältnisse einzelner sächsischer Städte, welche aber gleiche Staatszuwendungen bekommen und ist der Ansicht, daß der Unterstützungsmodus auf einer anderen Basis aufgebaut werden müsse. Denn wenn die Stadt Leipzig

zum 24. Januar 1898

an die hiesige Stadthauptkasse abzuführen.  
Riesa, am 12. Januar 1898.

Der Rath der Stadt.  
Betzler.

Impf.

Im **Waffenhof** zur **Königslande** in **Wälsitz** sollen **Montag**, am 17. Januar d. J., von **Vormittags 1/10 Uhr** an  
30 rm Kiefern Scheite, Dürchhölzer aus den Forstorten Herrenhaide, Ruffel, Brand,  
238 - - - Knappe und Sautränke, Diebswinkel, am Zweirwege, Riegentau, Kreiniger  
348 - - - Kette, Hinterhaide, alte und neue Lichtenfelde  
meistbietend gegen Baarzahlung öffentlich versteigert werden. Die Bedingungen werden vor  
Beginn bekannt gegeben.  
Haideschloß und Truppenübungsplatz Zeithain, am 7. Januar 1898.

Königliche Forstverwaltung.

Königliche Garnisonverwaltung.

3500 000 Mark für ihr Schulwesen ausgeben und 8500 Mark Unterstützung hierzu empfangen, so sei dies einfach ein Umlag und der Herr Vizepräsident der 1. Kammer, Oberbürgermeister **Dr. Georgi-Leipzig** habe ganz recht, wenn er diese Anwendung gleich Null bezeichnet habe.

**Abg. Ditz-Treuen** (kons.) hält es für erklärlich, daß die Vertreter der großen Städte dieser Vorlage nicht sympathisch gegenüberstehen, er bitte aber, um der guten Sache willen der Vorlage zuzustimmen. Es sei feststehend, daß die Lasten der kleinen Städte ungleich höhere sind, als die der großen Städte, daher sollte von Seiten der letzteren einer Vorlage, die dem platten Lande etwas zuwenden wolle, zugestimmt werden.

**Abg. Goldstein-Zwickau** (Soz.) freute sich ebenfalls, daß die Vorlage eine so günstige Aufnahme findet. Er stimme der Vorlage zu, nicht um bei der Lehrerschaft sich in gutes Licht zu stellen, denn die Lehrer seien keine Sozialdemokraten, sondern um der volkswirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der Vorlage wegen.

Staatsminister **v. Seydewitz** bemerkte, daß er der Deputation alles ihm zu Gebote stehendes statistisches Material zur Verfügung stellen wolle.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgeordneten **Hoffmann** und **Haymann** und nach Berücksichtigung einiger Thatsachen ging die Kammer zur Abstimmung über. Die Vorlage wurde einstimmig der Finanzdeputation A. überwiesen.

## Vertikales und Sächsisches.

Riesa, 14. Januar 1898.]

Die Sitzung des **Gewerbevereins**, welche gestern, Donnerstag, im Rathshaus stattfand, wurde durch den Vorsitzenden, Herrn Stadtrath **Hinrich Barth**, mit Begrüßung der in ziemlich Anzahl erschienenen eröffnet, wobei er denselben und den gesammten Vereinsmitgliedern wünschte, das Jahr 1898 möge für Alle ein recht segensreiches werden. Dasselbe sei — so wurde weiter ausgeführt — für den Gewerbeverein auch insofern bedeutungsvoll, als er in diesem Jahre das Jubeljahr seines fünfzigjährigen Bestehens zu feiern habe. Es sei zu wünschen, daß alle Mitglieder in Treue die Bestrebungen des Vereins fördern, dann werde sich auch die goldene Jubelfeier zu einer recht würdigen gestalten können. Als erster Punkt der Tagesordnung wurden mehrere Einzinge kurz erledigt, von denen hier nur eine Zuschrift des Vorstandes vom Verbands sächsischer Gewerbe- und Handwerkervereine erwähnt sei, in welcher mitgeteilt wird, daß der Verbandsvorstand auf Anregung des Erzgebirgischen Gewerbevereins eine Bittschrift, eine zu schaffende staatliche Versicherung gegen elementare Schäden (Ueberschwemmungen, Wirbelwind, Gewitterstürme, Erdbeben u. a.) betreffend, ferner eine Petition wegen längerer Dauer der Rastplatz-Eisenbahnfahrten und der Mehrbetriebsehung von Eisenbahnwagen 4. Klasse an die Königl. Sächs. Ständeversammlung gerichtet habe. Der Verbandsauschuß wird sich nächstens damit beschäftigen, was von den Gewerbevereinen zur bevorstehenden Feier des Regierungsjubiläums **S. Majestät des Königs Albert** zu thun sei (Begleichwünschung, Sammlung für die Wettin-Stiftung u. a.). Nach Erledigung dieses Gegenstandes hielt Herr Lehrer **John** einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über das Handwerk im Mittelalter.

Vortragender führte aus, daß die ältesten deutschen Handwerker Leibeigene und Hörige gewesen seien und auch noch zu der Zeit, als die Fürstliche und Königsbürgen die Mittelpunkte sächsischer Anlagen wurden, in demselben Verhältnis zu ihrem Herrn gestanden haben wie die unfreien Bauern. Mit der Anstellung von Fremden